Stand: 06.11.2025 21:13:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19292

"Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/19292 vom 29.11.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20729 des BU vom 08.02.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/20860 vom 22.02.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.11.2017 **Drucksache** 17/19292

Antrag

der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Angelika Weikert SPD

Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundes- und EU-Ebene sich dafür einzusetzen, dass die vom Europäischen Rat am 17.11.2017 in Göteborg beschlossene "Europäische Säule sozialer Rechte" als Anhang in die EU-Verträge mitaufgenommen wird, um den dort formulierten 20 sozialen Grundsätzen und Rechten – etwa zu fairer Entlohnung, Sicherheit von Arbeitnehmern, Renten und Wohnen und Gleichstellung der Geschlechter – die gleiche Verbindlichkeit zu verschaffen wie den wirtschaftlichen Grundfreiheiten.

Begründung:

Die Initiative der EU-Kommission, mit der "Europäischen Säule sozialer Rechte" ein Bekenntnis für ein soziales Europa abzugeben, ist ein guter Schritt in Richtung Stärkung der Sozialstandards von derzeit mehr als 500 Mio. EU-Bürgerinnen und Bürgern. Sie bleibt jedoch hinter dem Notwendigen zurück, solange die dort formulierten 20 Grundsätze und Rechte nur eine Bündelung bereits existierender Prinzipien – etwa in der EU-Grundrechtecharta – darstellen. Um die Lebenswirklichkeit der Menschen spürbar zu verbessern und ein faires und soziales EUropa zu schaffen, müssen sie für die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich gemacht werden. So gilt es beispielsweise für menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigungsformen - mithin auch für Zeitarbeiter, Leih- und Saisonarbeiter usw. - zu sorgen, ausbeuterische Null-Stunden-Arbeitsverträge abzuschaffen oder eine europäische Kindergrundsicherung in allen Mitgliedstaaten einzuführen, damit auch Kindern aus einkommensschwachen Familien ein kostenfreier Zugang zu medizinischer Versorgung, Schulessen und Bildung gewährleistet wird.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/20729 08.02.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Drs. 17/**19292**

Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Hans-Ulrich Pfaffmann Mitberichterstatterin: **Judith Gerlach**

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 8. Februar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.02.2018 Drucksache 17/20860

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Angelika Weikert SPD

Drs. 17/19292, 17/20729

Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3, 8 und 11, die auf Wunsch der Abgeordneten bzw. der Fraktionen im Plenum am 14. März beraten werden sollen. Die Anträge betreffen die Kennzeichnungspflicht bzw. die individuelle Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten.

Über die übrigen Listennummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind zurzeit nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD Änderung der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO) Drs. 17/2777, 17/20570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Gut leben in der Stadt IV Reduzierung der Abgas- und Feinstaubbelastung durch Industrieanlagen Drs. 17/16632, 17/20555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm Kennzeichnungspflicht für bayerische Polizeibeamte Drs. 17/18990, 17/20550 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

Anlage 1
zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

4.	Antrag der Abgeordne Kathi Petersen u. a. Si Berichtsantrag zu den Drs. 17/19009, 17/207	PD Auswirkungen von Isc		,
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
5.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u. a. und Bericht zu pflanzenger Drs. 17/19084, 17/205	Fraktion (BÜNDNIS 9 netischen Ressourcen	0/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
6.	Antrag der Abgeordnet Gudrun Brendel-Fische Förderung von Bewäs Drs. 17/19159, 17/205	er u. a. CSU serungsprojekten	of, Angelika Schorer,	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
7.	Dringlichkeitsantrag de Josef Zellmeier u. a. u Keine Anwendung ant Drs. 17/19239, 17/207	nd Fraktion (CSU) isemitischer kuwaitisch		
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z	Z
			_	

zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
 Individuelle Kennzeichnung von Polizisten in geschlossenen Verbänden Drs. 17/19244, 17/20548 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Autobahndirektionen stärken Drs. 17/19245, 17/20602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Klares Bekenntnis gegen die Anwendung antisemitischer Gesetze des Emirates Kuwait in Deutschland Drs. 17/19258, 17/20730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kennzeichnungspflicht für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern Drs. 17/19264, 17/20549 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen Drs. 17/19292, 17/20729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

13.				
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	团	Z	团	Z
14.				treibl,
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
15.	Angelika Schorer u. a. Rückgang von heimisch	chen Insekten und Vög n der Ursachenforschu	geln stoppen –	opf,
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	团			
16.	Dr. Christian Magerl u	eten Katharina Schulze . a. und Fraktion (BÜN nen zum Eindämmen o 123 (E)	IDNIS 90/DIE GRÜNEI	N) n Bayern
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauc	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	Z

zur 124. Vollsitzung am 22. Februar 2018

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Abschiebung in Krieg und Verfolgung – Abschiebestopp nach Syrien verlängern Drs. 17/19496, 17/20557

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Eine Entwicklungsperspektive für die klassische Ballettausbildung in Bayern: Nachwuchsförderung zukunftssicher gestalten – ein Ballettinternat auch für Bayern!
 Drs. 17/18590, 17/20718 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein antisemitischer Israel-Boykott nach kuwaitischem Recht in Deutschland Drs. 17/19246, 17/20733 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
 Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken Drs. 17/19313, 17/20732 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z